

Riesner & Co. Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Verkehr
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Heftnummer
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 130.

Freitag, 8. Juni 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Ränger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rastanienstraße 50. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Rothschild.

Die großmächtigste aller irdischen Großmächte ist bekanntlich das Geld. Geld regiert die Welt! Ist ein altes Sprichwort, das im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen den Vorzug hat, eine unumstößliche Wahrheit auszusprechen. Der Name „Rothschild“ ist auf der ganzen Welt bekannt und die vier Bankhäuser in Wien, Frankfurt a. M., Paris und London, die so firmen, beherrschen den Kapitalmarkt vollständig. Kupfer, Quecksilber und Petroleum befinden sich fast vollständig in Händen dieser Rothschilds und wenn die kleinste Bauerfrau ihre Lampe anzündet, hat sie, ohne es zu wissen, zuvor an Rothschild ihren Tribut entrichtet. In Oesterreich-Ungarn und in Brasilien sind die Rothschilds die maßgebenden Träger des Staatskredits, wenn die Frau des alten Anselm Meyer-Rothschild sagte: „Es giebt keinen Krieg, denn mein Mann giebt kein Geld dazu“, so ist das kennzeichnend.

Neuerdings kommt nun die Meldung, daß das Haus Rothschild, nachdem es an den Diamantfeldern von Kimberley gewaltige Beträge verdient hat, die Goldfelder im Süden von Transvaal anzukaufen, die nicht veräußerten aber wenigstens unter seinen Einfluß zu bringen beabsichtigt. Die Goldzerzeugung am Witwatersrand ist von 52 1/2 Millionen Mark in 1891 auf 106 Millionen Mark in 1893 gestiegen und wird im laufenden Jahre auf 150 Millionen Mark zu stehen kommen. Gegenwärtig liegt diese Erzeugung in den Händen einer großen Zahl von Aktiengesellschaften. — Der „Deutsche Oekonomist“ berechnet den kapitalistischen Reingewinn jener Goldfelder auf mindestens eine Milliarde ohne das Anlagekapital. Nach den Schätzungen des preussischen Bergwerks-Schweizers haben die Goldvorräte im Witwatersrand einen Werth von etwa sieben Milliarden Mark. Es handelt sich annähernd um ein Drittel der Goldzerzeugung der Erde, also um ein Nischenunternehmen, an das einzig und allein das genannte Welthaus denken kann. Wo es bisher hervortrat, hat es alle Konkurrenz niedergeworfen, in letzter Reihe auf Grund seiner gewaltigen Kapitalübermacht. Die Ausbeutung eines Goldmonopols in Transvaal würde zunächst den monopolisirten und daher billigen Ankauf aller Produktionsmittel ermöglichen. Tritt in Transvaal an Stelle des bisherigen freien Wettbewerbs unter den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern eine Monopolverwaltung, so kann sie nach ihrem einseitigen Interesse die Nachfrage regeln. Kaufen die Rothschild'sche Syndikate dort alle Bergbaurechte auf, so kann es die Erzeugung nach Belieben feststellen, seine Arbeiter nach Gutdünken ansiedeln und nach seinem Ermessen die Beschaffung des Bedarfs an fremden Industrieerzeugnissen und Lebensmitteln organisieren. Kein Lebensgeschäft, kein Gasthof ist mehr sicher vor irgend einem plötzlichen Boykott durch die Monopolverwaltung, vor dem Ruin durch ein eigenes Monopolunternehmen.

Nicht weniger eingreifend wie in Transvaal würde ein Rothschild'sches Goldmonopol auf die Währungsverhältnisse wie auf die Finanzpolitik der Kulturländer zurückwirken können, ebenso sehr zum Vortheile Rothschilds und der Börsenspekulation, wie zum Nachtheile der einzelnen Finanzverwaltungen und der produzierenden Bevölkerung. Rothschild könnte je nach dem Bedarf seiner Spekulation die Goldausbeute sinken oder steigen lassen und nach seinem Interesse die heutigen Währungsschwankungen leiten. Von seinem Standpunkte aus beklagt der „Deutsche Oekonomist“ solche Auswüchse des Kapitalismus. Die menschliche Gesellschaft wird es nicht ertragen, sagt das Blatt, in eine kleine und abnehmende Zahl allgewaltiger Kapitalisten und in ein riesiges Heer von Proletariern aufgelöst zu werden und sie wird selbst unter den nachtheiligsten und verhängnisvollsten Katastrophen sich dagegen aufbäumen. Durch nichts treibe die Gegenwart sicherer in den Strudel der sozialdemokratischen Gefahren, als durch Mißbräuche des Kapitalismus, und im Interesse der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung verlangt der „Deutsche Oekonomist“, daß den ange deuteten Auswüchsen, also auch den Monopolbestrebungen des Hauses Rothschild, thätkräftig entgegengetreten werde. — Da das gen. Blatt nicht im Geruche steht, sozialdemokratische Anwendungen zu haben, so wäre es sehr interessant gewesen, wenn es seine Ansichten darüber verlaublich hätte, wie es sich denn eigentlich das Einschreiten gegen Rothschild denkt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Der Kaiser ist völlig wieder hergestellt. Morgen Sonnabend findet im Neuen Palais große musikalische Abendunterhaltung statt, zu welcher außer den Mitgliedern der königlichen Familie sämtliche Minister, die Mitglieder des Bundesraths, die Generalität, die Botschafter und Gesandten geladen sind.

Nach § 7 des soeben in Kraft getretenen Reichsgesetzes über die Abzahlungsgehalte ist derjenige, der Lotterieloose, Inhaberpapiere mit Prämien oder Bezugs- oder Antheilsscheine auf solche Loose oder Inhaberpapiere gegen Theilzahlungen verkauft oder durch sonstige auf gleiche Zwecke abzielende Verträge veräußert, mit einer Geldstrafe bis zu 500 Mk. zu bestrafen. Es macht keinen Unterschied, ob die Uebergabe des betreffenden Papiers vor oder nach der Zahlung des ganzen Preises erfolgt. Damit sind die Katenloos-Geschäfte, die in den letzten Jahren an allen Ecken und Enden des Reiches wie Pilze aus der Erde sprossen, unmöglich geworden.

Dem „M. N. N.“ zufolge glaubt man in militärischen Kreisen Bayerns nicht, daß das im verflochtenen Jahre für die Offiziere und vor Kurzem für die Unteroffiziere und Mannschaften der preussischen Armee angenommene graue Manteltuch auch für die bayerische Armee zur Einführung gelangt, da es in der Farbe weit empfindlicher als das bisherige Manteltuch und in der Haltbarkeit wenigstens nicht wesentlich besser als dieses sein soll. Auch in Sachsen wurde aus diesen Gründen das neue graue Manteltuch von einem bedeutend dunkleren Farbenton gewählt als ihn das preussische graue Manteltuch zeigt.

Ueber den Ausgang der Reichstags-Verhandlungen in Plauen i. V. giebt den Blättern immer noch zu Commentaren Anlaß. Interessant ist darunter speciell eine aus freisinnigen Kreisen selbst hervorgehende Feststellung über das Verhalten der Freisinnigen. Die „Berliner Zeitung“ zieht zunächst aus der Thatsache, daß beim ersten Wahlgange statt der 4000 Freisinnigen im vorigen Jahre nur gegen 2000 freisinnige Stimmen abgegeben worden sind, den Schluß, daß viele Volksparteiler im Mangel an Vertrauen auf den Erfolg des volksparteilichen Kandidaten sofort für den Socialdemokraten gestimmt haben. Dann fährt das freisinnige Organ fort: „In der Stichwahl haben die Socialdemokraten über 2000 Stimmen hinzugewonnen; die Freisinnige Volkspartei war Mann für Mann für den Kandidaten der äußersten Opposition eingetreten.“ Das ist wenigstens ehrlich!

Nachdem der Kaiser, wie die „M. N. Z.“ erfährt, die Ernennung des Geheimen Legationsraths von Riederlen-Wächter zum Gesandten in Hamburg vollzogen hat, ist die dadurch erledigte Rathsstelle in der politischen Abtheilung des auswärtigen Amtes dem Legationsrath von Lindenau verliehen worden. Dem Vernehmen nach wird der Gesandte von Riederlen seinen Posten noch im Laufe dieses Monats antreten.

Am Montag giebt der Justizminister von Schelling ein größeres Wahl, zu welchem sämtliche Minister und Staatssekretäre Einladungen erhalten haben.

Eine kaiserliche Cabinetsordre vom 14. Mai d. J., die jetzt im „M. N. Z.“ veröffentlicht wird, genehmigt, daß die zur Militär-Turnanstalt kommandirten Offiziere bei ihren dienstlichen Uebungs-Abfahrten im Gelände Zivil-Kadefahrer-Anzüge, sowie die zur Landesaufnahme kommandirten Offiziere während der Dauer der Feldarbeiten Zivilkleider tragen dürfen.

Ueber die Frage der Burenansiedlung auf deutschem Gebiet erhält der „Hamb. Corr.“ eine sehr bemerkenswerthe Zuschrift aus Südafrika: „Die Bewegung unter den Buren dehnt sich immer mehr aus. Die geheimen und offenen Machinationen der kaptolonialen „Clique“ haben mit fast unheimlicher Schnelligkeit ihre Früchte getragen. Wenn der Auszug der Buren in so großartigem Maßstabe, wie er geplant, wirklich erfolgt, so ist man dem Ziele, worauf hingearbeitet wird, „Bereinigte Staaten von Südafrika“, einem großen Schritt näher. Drei Fliegen fallen mit einer Klappe durch die Auswanderung. Erstens wird die ohnehin sehr schwache Lebenskraft der beiden Republiken gebrochen; zweitens werden große Strecken des Gebiets der Chartered-Kompagnie durch die Auswanderung bevölkert; und drittens ist der Krieg Deutschlands mit den Buren fertig. Die vollständigen Obergerichten in den Zeitungen — die „Südafrikanische Revue“ berichten soeben wieder von einer Niederlage der

Schugruppe — haben Deutschlands Ansehen in Südafrika schwer geschädigt. Viele Buren erklären ganz offen, nach „Witboisland“ ziehen zu wollen, um von dem „Captein“ Grund zu erwerben. Wohl warnt der Generalkonsul zu Kapstadt vor Ankauf von Land von Witboi, doch ist zu fürchten, daß sich hierdurch nur Wenige der ganz niederen Burenklasse vom Zuge werden abhalten lassen. Hört man doch von allen Seiten: „Was wollen denn die Deutschen gegen uns machen, wenn sie nicht einmal im Stande sind, gegen Hottentotten zu stehen?“ Es wird dann über die unzureichenden Maßregeln zur Bekämpfung Witbois geklagt und zuletzt heißt es: „Viel kann auch durch schärferes Auftreten der Konsuln erreicht werden, indem in Proklamationen rund herum erklärt wird, daß Jeder, der von Witboi Grund und Boden kauft, als Hochverräter betrachtet und, falls er auf deutschem Gebiete betroffen werde, als solcher bestraft werden solle. Mit Höflichkeit verschafft man sich bei diesen Treckern keinen Respekt.“

Der Staatssekretär im Reichsschatzamt sagte die Ergebnisse der Reichs-Silber-Konferenz in die folgenden Sätze zusammen:

„Ich glaube, daß Uebereinstimmung in dreierlei Beziehung in dieser Versammlung erzielt ist: daß in der That mit dem schwanenden und niedrigen Silberpreise gewisse Schädigungen für unseren Außenhandel und auch für unser inneres Erwerbsleben verknüpft sind, daß Deutschland allein nicht in der Lage ist, wirksame Maßregeln zur Hebung des Silberwerthes zu ergreifen, daß eine Hebung des Silberpreises im Wege der Monopolisirung, Kartellirung oder Regalirung der Silberproduction jedenfalls nicht ausführbar sein möchte. Streittig ist die Frage geblieben: ob überhaupt und eventuell auf welchem Wege die Steigerung des Silberpreises gegenüber der freien Production erreichbar erscheint, welches Schwerkraft den durch den Silbersturz geschädigten wirtschaftlichen Interessen gegenüber den Interessen unseres gesammten Wirtschaftslebens beizumessen ist, welche Relation zwischen dem Gold- und Silberpreise für eine internationale Regelung vorzuschlagen wäre, und ob nicht die von verschiedenen Seiten vorgeschlagenen Heilmittel vielleicht gefährlicher wären als die Silberkrankheit selbst.“

Spanien. Die an den Handelsvertrag mit Deutschland anknüpfenden Vorgänge in Spanien spizen sich immer kritischer zu. Zunächst erscheint ein baldiger Ministerwechsel unvermeidlich. Der Ministerpräsident Sagasta sowohl als auch der Minister des Auswärtigen Muret haben sich dieser Tage im Senat noch einmal bemüht, die Obstruktion gegen den Vertrag zu brechen; sie haben in durchaus loyaler und offener Weise anerkannt, daß Deutschland allen Grund habe, sich durch das Verfahren des spanischen Parlaments verletzt zu fühlen und dasselbe als einen Mangel selbst an äußerer Rücksicht und Höflichkeit zu empfinden. Ablehnen könne man den Vertrag, aber die Entscheidung immerzu hinauszuschieben, müsse verlegend wirken. Keine ernsthafteste Nation würde künftighin mehr mit Spanien verhandeln wollen. Zugleich wiesen die Minister nach, daß Spanien größere Vortheile von dem Vertrag habe als Deutschland. Gegen die harten Köpfe der spanischen Conservativen half das aber Alles nichts. Es stellt sich überhaupt immer deutlicher heraus, daß der Handelsvertrag nur das Werkzeug ist, um die liberale Regierung zu Fall zu bringen. Inzwischen wird von verschiedenen Seiten berichtet, daß sich die Folgen des Zollkriegs für Spanien bereits in sehr empfindlicher Weise bemerkbar machen. Die Ausfuhr von Wein und von Producten der Colonien, Kaffee, Tabak, hat eine fühlbare Störung und Einschränkung erfahren.

Deutsches und Sächsisches.

Riesa, 8. Juni 1894.

— Ein alter Veteran, ein ehemaliger Angehöriger unserer Reitenden Abtheilung, ist jetzt zur großen Armee abberufen worden. Der Verstorbene, eine auch in weiteren Kreisen bekannte Persönlichkeit in Weichhain, Namens Fischer, hat bei der Reitenden Abtheilung mehrere Feldzüge mitgemacht. Er erlitt im deutsch-französischen Kriege bei dem heimtückischen Ueberfall der Franzosen in dem französischen Dorfe Estrépagne in der Nacht vom 29. zum 30. November 1870 eine schwere Verwundung. Bei der Vertheidigung des ihm zugetheilten Besatzungspostens geräthete ihm eine Kugel den Unterleib und riß einen Theil der Junge weg. Der